



Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses

61. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Eva Lux (SPD)

Ergebnisprotokoll: Eva M. Kiwitt

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Tagesordnungspunkt 11 **Entwicklung der Dienstaufsichtsbeschwerden in den Ressorts** wird vor Eintritt in die Tagesordnung einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt. Er wird in der nächsten Sitzung am 14.02.2017 zur Beratung aufgerufen.

Auf Bitte der Fraktion der CDU gibt Rudolf Krähmer (FM) einen aktuellen mündlichen Sachstandsbericht zum Thema **Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17.11.2015**. Im Nachgang zu dem mündlichen Vortrag bittet **Werner Lohn CDU** um zeitnahe Übersendung der Sachverhaltsdarstellung in schriftlicher Form.

1 **Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und Kommunalpolitiker vor Übergriffen schützen!**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13308

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN
Drucksache 16/13635

Sowohl der Antrag der Fraktion der CDU als auch der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen wurden am 02.12.2016 nach erster Beratung einstimmig an den Innenausschuss – federführend -, an den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie an den Unterausschuss Personal überwiesen.

Nach einer Diskussion hat sich der Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktion von CDU und FDP, gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN für eine Ablehnung des Antrags der CDU ausgesprochen. Der federführende Innenausschuss wird über das Abstimmungsergebnis informiert.

2 **Landesregierung muss wachsende Überstundenberge sicher vor Verfall schützen – Beamte haben Kompensation ihrer unvermeidbar angefallenen Mehrarbeit verdient**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/13694

Der Antrag der Fraktion der FDP wurde am 14.12.2016 nach erster Beratung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend -, an den Rechtsausschuss sowie an den Innenausschuss überwiesen.

Ralf Witzel FDP kündigt an, im Haushalts- und Finanzausschuss eine öffentliche Anhörung beantragen zu wollen.

3 **Gesetz zur Stärkung der Versorgung und Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/13702

Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist in der Plenarsitzung am 14.12.2016 nach erster Lesung einstimmig an den Innenausschuss überwiesen worden. Am 16.12.2016 haben sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf verständigt, dass auch der Haushalts- und Finanzausschuss sowie der Unterausschuss Personal bei entsprechendem Interesse im Rahmen ihres Selbstbefassungsrechts sich mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung befassen könne. Eine Abfrage bei den Fraktionen hat ergeben, dass eine Selbstbefassung des Unterausschusses sinnvoll sei.

Da die Obleute des Innenausschusses sich auf ein schriftliches Anhörungsverfahren verständigt haben, und das Fristende zur Abgabe der Stellungnahmen am 06.02.2017 sei, hat sich der Unterausschuss Personal einvernehmlich darauf verständigt, erst in der Sitzung am 14.02.2017 zu votieren.

4 **Krankenstand in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4464
Vorlage 16/4638

Die Beratung dieses Themas ist erfolgt.

Das Ministerium für Schule und Weiterbildung wird um Prüfung gebeten, ob die Krankenstatistik der Lehrkräfte unter Einbeziehung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen vorzeitig zum Stichtag 28.02.2017 dem Unterausschuss Personal zur Verfügung gestellt werden kann. **LMR Oliver Bals (MSW)** sagt die Prüfung bis zur nächsten Sitzung zu.

Unabhängig von dem aktuellen Prüfauftrag wird sich das MSW künftig an der landesweiten Erhebung der Krankendaten (hier für Lehrkräfte) beteiligen.

5 Nachversicherung

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4639

Nachfragen werden von **Rudolf Krähler (FM)** beantwortet.

6 Frauenförderung im Sinne des § 19 Abs. 6 LBG NRW

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4640

ORR Dr. Till Immich (MIK) weist darauf hin, dass die Vorlage 16/4640 auf der Seite 2 einen Tippfehler aufweist. Im Bereich der Polizeiverwaltung muss die Zahl 51/14 durch die Zahl 54/16 ersetzt werden. Ein Neudruck der Vorlage 16/4640 wird entsprechend veranlasst.

Die bevorstehende Anhörung zum § 19 Abs. 6 LBG NRW – gemeinsam mit dem Innenausschuss – am 19.01.2017 soll weitere zielführende Erkenntnisse und Hinweise liefern.

Außerdem stehe die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster am 1. Juni 2017 in nächster Instanz aus.

7 Anpassung der Arbeitszeitverordnung Polizei (AZVOPol) an die EU-Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4641

MR Björn Baumeiser (MIK) beantwortet weitere Nachfragen der Abgeordneten mündlich.

8 Bewertung des Personalbeurteilungssystems für die nordrhein-westfälische Polizei seitens der Landesregierung und von dieser identifizierter Verbesserungsbedarf

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4642

Nachfragen beantwortet **MR Björn Baumeister (MIK)**.

9 Einkommensteuergrenze für beihilfeberechtigte Ehegatten

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4646

Der Unterausschuss diskutiert die Vorlage 16/4646. Ergänzende Erklärungen werden von **Rudolf Krähmer (FM)** gegeben.

10 Evaluation und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4643

Weitere Nachfragen zu der Vorlage 16/4643, die von **Ralf Witzel FDP** gestellt werden, beantwortet **Peter Landwehr (FM)**.

11 Entwicklung der Dienstaufsichtsbeschwerden in den Ressorts

Der Tagesordnungspunkt ist abgesetzt worden und wird in der Sitzung am 14. Februar 2017 zur Beratung aufgerufen (vgl. vor Eintritt in die Tagesordnung).

12 Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen oder Erklärungen vor.

gez. Eva Lux
Vorsitzende

18.01.2017/09.02.2017
130